

VERWALTUNGSVEREINBARUNG

Zwischen

dem

**Landesamt für Finanzen
Rheinland-Pfalz**

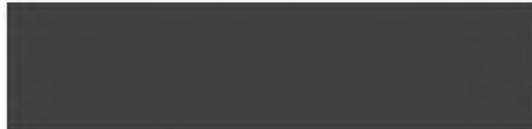
vertreten durch den Präsidenten
(nachfolgend als **LfF** bezeichnet)

und

dem

Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation

vertreten durch



wird folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die Vereinbarung ersetzt mit Wirkung zum 01.01.2019 die zwischen den Parteien bestehende Verwaltungsvereinbarung vom 26.02.2013 vollständig und einschließlich aller Nachtrags- und Ergänzungsvereinbarungen. Ab dem vorgenannten Tag der Wirkung gilt somit ausschließlich die vorliegende Vereinbarung.
2. Das Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation überträgt die mit dem Entgelt und der Beihilfe der Beschäftigten des Leibniz-Zentrums für Psychologische Information und Dokumentation zusammenhängenden Aufgaben in dem Umfang, wie sie in der Landesverordnung über die Zuständigkeiten des Landesamt für Finanzen (LfF - Zuständigkeitsverordnung) vom 22.05.1985 (GVBl. 1985, S. 141 ff) in Verbindung mit dem Gemeinsamen Rundschreiben der Staatskanzlei, der Ministerien und des Rechnungshofs vom 22.05.1985 (MdF O 1750 A - 418 - 11.971/82) über den Vollzug der LfF – Zuständigkeitsverordnung sowie in der Beihilfen – Zuständigkeitsverordnung vom 31.01.2002 in der jeweils gültigen Fassung niedergelegt sind, auf das **LfF**.

3. Das Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation erstattet dem **LfF** monatlich unverzüglich nach Anforderung die durch das **LfF** vorschussweise für Rechnung des Leibniz-Zentrums für Psychologische Information und Dokumentation getätigten Zahlungen.
4. Das Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation erstattet dem **LfF** die mit der Durchführung der Aufgaben aus Ziffer 2 entstehenden Kosten. Die Höhe der Kosten wird jährlich neu ermittelt und halbjährlich zum 01.06. und 01.12. zur Erstattung angefordert. Dabei werden die Zahlfälle des Leibniz-Zentrums für Psychologische Information und Dokumentation zugrunde gelegt, für die das **LfF** für den jeweils vorangegangenen Monat April bzw. Oktober Vergütungen gezahlt hat. Die Kosten für die Bearbeitung Beihilfe werden halbjährlich nach erteilten Bescheiden separat in Rechnung gestellt.]
5. Die Vertragsparteien gehen derzeit davon aus, dass eine Umsatzsteuerpflicht der Leistungen des **LfF** im Rahmen dieser Verwaltungsvereinbarung nicht besteht. Sollten die Leistungen des **LfF** eine Umsatzsteuerpflicht begründen, wird das **LfF** die Umsatzsteuer in der jeweils geltenden Höhe nachberechnen und dem Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation in Rechnung stellen. Das Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation erstattet dem **LfF** im Falle einer Umsatzsteuerpflicht die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer unverzüglich nach Aufforderung durch das **LfF**.
6. Das Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation übermittelt dem **LfF** alle Informationen und Daten, die zur Erfüllung der nach Ziffer 2 übertragenen Aufgaben erforderlich sind. Soweit von dem Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation Daten benötigt werden, werden diese vom **LfF** zur Verfügung gestellt. Das **LfF** bestimmt jeweils die Art und Weise der Übermittlung und des Übermittlungsverfahrens.
7. Das **LfF** haftet – sofern der Vertrag nicht ausdrücklich eine abweichende Regelung vorsieht – nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. In Fällen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die das **LfF** zu vertreten hat, haftet das **LfF** unbeschränkt.
8. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsabschluss werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Dies gilt auch für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist. Die Parteien sind sich darüber einig, dass statt der unwirksamen Bestimmung die wirksame Regelung als

vereinbart gilt, die dem wirtschaftlich Gewollten der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, wenn sich in der Vereinbarung eine Lücke zeigt.

9. Mündliche Abreden oder Nebenabreden zu dieser Vereinbarung wurden nicht getroffen. Sofern Nebenabreden getroffen werden, sind diese stets schriftlich zu fassen.
10. Diese Verwaltungsvereinbarung tritt am 01.01.2019 in Kraft und gilt auf unbestimmte Zeit. Die Verwaltungsvereinbarung kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform.
11. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

Beide Parteien haben je ein von beiden Seiten im Original unterzeichnetes Exemplar dieser 3-seitigen Vereinbarung erhalten.

Trier, den 13/09/18
Leibniz-Zentrum für Psychologische
Information und Dokumentation

Koblenz, den 05.09.2018
Landesamt für Finanzen